

Knapp 300.000 Soldatinnen und Soldaten umfaßte die Bundeswehr Ende September 2001. Davon sind etwa 7.200 Männer und Frauen im ständigen Auslandseinsatz. (1) Was sie dort für Verteidigung und Frieden tun, ist fragwürdig. Unstrittig zwischen Bundesverteidigungsministerium/BMVG, Bundeswehrverband und SPDGrüneFDPDCU ist allerdings, daß die Truppe auch im zweiten Jahr der Scharpingschen "Bundeswehrreform" hoffnungslos unterfinanziert sein soll. Auf 46,2 Milliarden DM (23,6 Mrd.Euro) beläuft sich der Einzelplan (EP 14/Verteidigung) des Bundeshaushaltes 2002. Nach NATO-Kriterien (2) umfassen die deutschen Militärausgaben sogar 59,7 Mrd. DM (30,2 Mrd.Euro). Unter Berücksichtigung weiterer militärbedingter Ausgaben (3) wird die 70 Milliarden-DM-Marke überschritten. Zusätzliche 1,5 Milliarden DM soll die Bundeswehr 2002 aus dem Einzelplan (EP 60/Allgemeine Finanzverwaltung) für den Anti-Terror-Krieg erhalten. Während Verteidigungsminister Scharping die Zusatzkosten für Anti-Terror-Einsätze 2002 auf etwa 500 Mio.DM schätzt, gehen CDU/CSU von über zwei Milliarden DM aus. (4) Seit dem Kosovo-Krieg 1999 läßt sich bei der Einsatzfinanzierung beobachten, daß über die Hälfte dieser jeweiligen Zusatzfinanzierungen in Waffen- und Ausrüstungskäufe fließt, deren Beschaffung nicht oben auf der Prioritätenliste des BMVG stand. Mit anderen Worten: Die Bundeswehr benutzt Auslandseinsätze, um sich bisher ungedeckte Beschaffungswünsche kurzfristig zu erfüllen.

Deutscher Militärhaushalt 2002: Kämpfen zum Erhalt der Truppe

Rüstung statt Rendite

(1) 4.860 KFOR/Kosovo, 1.880 SFOR/Bosnien, 450 TFH/Mazedonien, 14 UNOMIG/Georgien; *BMVG: Unterrichtung des Parlamentes über die Lage in den Einsatzgebieten der Bundeswehr, 38/01, 20.9.01, S. 8.*

(2) Zur einheitlichen Vergleichbarkeit im Militärbündnis zählt die NATO auch militärbedingte Ausgaben anderer Haushalte (z.B., EP 11 und 33/Versorgungsbezüge von Soldaten, EP

Von der kontinuierlichen Reduzierung des Verteidigungshaltes, wie sie Finanzminister Hans Eichel 1999 angekündigt hatte, war bereits 2001 nicht mehr die Rede. (5) Auch die 33. mittelfristige Finanzplanung von 2000, die ein Einfrieren des Rüstungshaushaltes vorsah, ist Makulatur. Nach Lesart des BMVG sinkt der Verteidigungshaushalt 2002 zwar um 1,4% (700 Mio.DM) gegenüber dem Soll 2001. Doch dieses "Soll" wurde 2001 nicht erreicht, weil weder die zusätzliche "Verstärkungsmöglichkeit" von einer Milliarde DM, (6) noch die "Effizienzrendite" von 50 Mio.DM erwirtschaftet wurde. (7) Die mit diesem Auftrag Ende 2000 vom BMVG gegründete private Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb/GEBB mußte solche Reformziele verfehlen, weil die

Entwurf des EP 14 /Verteidigung 2002 in Mio.

	2001		in %	2002		in %	Veränderung	
	DM	Soll Euro		DM	Soll Euro		DM	Euro
I. Betriebskosten								
Personalausgaben	24.230,0	12.388,6	51,71	24.500,1	12.526,7	53,03	270,1	138,1
Materialhaltung	4.388,1	2.243,6	9,36	4.600,1	2.352,0	9,96	212,0	108,4
Sonstige Betriebsausgaben	7.079,1	3.619,5	15,11	6.868,3	3.511,7	14,87	-230,0	-117,6
(Verpflegung, Betriebsstoffe, Unterhalt von Liegenschaften)								
Summe Betriebsausgaben:	35.697,2	18.251,7	76,18	35.968,5	18.390,4	77,86	252,1	128,9
								0,71
II. Verteidigungsinvestive Ausgaben								
Forschung, Entwicklung, Erpr.	2.252,7	1.151,8	4,81	1.664,8	851,2	3,60	-152,8	-78,1
militärische Beschäftigen	6.842,9	3.498,7	14,60	6.912,9	3.534,5	14,96	-346,0	-176,9
Verstärkungsmöglichkeit	1.000,0	511,3		1.200,0	613,6			-5,05
gemäß Ressortvereinbarung								
militärische Anlagen	1.688,5	863,3	3,60	1.363,8	697,3	2,95	-324,7	-166,0
Sonstige Investitionen (Erwerb	430,1	219,9	0,92	289,9	148,2	0,63	-140,2	-71,7
von Geräten, Informationstechnik)								-19,23
Summe vert.invest.Ausg.	11.214,3	5.733,8	23,93	10.231,5	5.231,3	22,14	-963,6	-8,59
<i>Einschl. Verstärkungsmittel</i>	<i>12.214,3</i>	<i>6.245,1</i>	<i>25,52</i>	<i>11.450,6</i>	<i>5.854,6</i>	<i>24,16</i>		
III. Effizienzrentäfte								
EP 14 ohne Verstärkung	46.861,5	23.959,9	100	46.200,	23.621,7	100	-661,5	-338,2
								-1,41
Plus Verstärkungsmöglichkeit	1.000,0	511,3		1.200,0	613,6 (aus Ressortvereinbarung)			
EP 14 mit Verstärkung	47.861,5	24.471,2		47.400,1	24.235,3		-461,4	-235,9
								-0,96

Quelle:

BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes 2002. Bonn 28.8.2001, S. 7; BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfes des Verteidigungshaushaltes 2002 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 24.9.01, S. 3.

60/Verteidigungslasten ausländischer Streitkräfte in Deutschland, EP 2/Wehrbeauftragte/r des Bundestages, EP 7/Wehrstrafgerichtsbarkeit, EP 5/NATO-Zivilhaushalt uvm.).

(3) Etwa für den Zivildienst, den es ohne die Wehrpflicht nicht gäbe (ca. 3 Mrd. DM), ebenso Hermes Kredite für Rüstungsexporte, Subventionen für Rüstungsunternehmen, Förderung von militärrelevanter Grundlagenforschung und von Waffenentwicklungen uvm.

(4) Alleine ein C-160-Transall-Transportflug vom pfälzischen Ramstein ins türkische Incirlik soll 100.000,- DM kosten. Seit 26.11.01 sind wöchentlich 3-4 solcher Flüge vorgesehen.

(5) *Siehe ami 11/00, 17ff.*

(6) Durch Verkäufe von Bundeswehrgerät und Liegenschaften. Ob mit dem Weiterverkauf ausgemusterter Bundeswehrwaffen 2002 größere Einnahmen erreicht werden, darf ebenfalls bezweifelt werden. Anfang November stoppte Außenminister Fischer Angebotslisten seines Kollegen Scharping, die Bundeswehrgerät über die deutschen Botschaften ausländischen Regierungen anboten.

(7) Durch Privatisierung von Bundeswehrzuständigkeitsbereichen. Folgerichtig entfällt 2002 z.B. der Haushaltstitel "Materialerhaltung in der flexiblen Budgetierung"/1403 (2001: DM 314,5 Mio. DM).
BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes

bisherigen Beschaffungsbükratien und Gesetze federführend fortbestehen.(8) "Böse Zungen behaupten, die GEBB könne froh sein, wenn sie die Gehälter ihrer Mitarbeiter einspiele", kommentiert der Wehrdienst, das Branchenblatt der deutschen Rüstungsindustrie. Im November 2001 warf GEBB-Chefin Annette Fugmann-Heesing das Handtuch, mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen unerlaubter Spekulationsgeschäfte gegen Scharpings "Wunderwaffe" GEBB.(9) Mit anderen Worten, weil der Etat 2001 seine einsparungsbedingte Sollhöhe nicht erreicht hat, steigt der Verteidigungshaushalt 2002 um etwa 0,6%. Mit dem zusätzlichen 1,5 Anti-Terror-Milliarden aus dem EP 60 steigt der EP 14 im Jahre 2002 sogar um ca. 1,3%. Sein Anteil am Bundeshaushalt (484,65 Mrd.DM/247,8 Mrd.Euro) beträgt etwa 9,5%, nach NATO-Kriterien 12,2%.

Auslandseinsätze: PR für Waffenkäufe

Die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten 2002 - so die Planungen vor dem 11.September 2001 - von 1,099 Mrd. DM (562 Mio.Euro) auf 1,401 Mrd. DM (716,5 Mio.Euro) um 28% steigen.(10) Mit den Anti-Terror-Verstärkungsmitteln (Einzelplan 60) muß mittlerweile von mindestens 3 Mrd.DM ausgegangen werden. Alleine der erste 30-tägige Mazedonien-Einsatz "Essential Harvest" im September 2001(11) hat zusätzliche 148,1 Mio.DM verschlungen.(12) Mit den Mazedonien-Einsätzen begründet werden nun weitere Sofort-Beschaffungen für etwa 300 Mio.DM für 57 gepanzerte Dingo-Jeeps, Minenschutz für Marder-Schützenpanzer, Schutzwesten, GPS-Empfänger, Nachtsichtgeräte, zwei Wiesel-Sanitätspanzer uvm., alte Beschaffungswünsche, die bisher nicht oben auf der Prioritätenliste des BMVg standen.(13) Die Ausgaben für den zweiten Mazedonien-Einsatz seit Ende September 2001 und der Gesamtkostenumfang des "Anti-Terror-Krieges" sind noch nicht absehbar.(14) Bemerkenswert an den "Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen - humanitären und sonstigen - Einsätzen" ist, daß sie zunehmend als Begründung für die Anschaffung von Waffensystemen herhalten sollen, die das BMVg aus den regulären "investiven Ausgaben" nicht bezahlen kann. Obwohl nur der "einsatzbedingte Sofortbedarf" aus der Titelgruppe 1403 finanziert werden soll,(15) finden sich dort erhebliche Ausgaben für Beschaffung und Erhaltung von Wehrmaterial, so als würden Tornados in Sarajevo repariert oder Jeeps in Tetovo gekauft. Auffällig weiterhin, daß bei zunehmenden Auslandseinsätzen die zusätzlichen Personalkosten sinken. Hintergrund ist, daß nahezu stets die gleichen Trup-

EP 14, 1403-Tgr. 8 "Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen humanitären und sonstigen - Einsätzen" in Mio.

	Soll 2001		Soll 2002	
	DM	Euro	DM	Euro
Personalausgaben	579,5	296,3	450,2	230,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	183,7	93,9	151,2	77,3
Erhaltung von Wehrmaterial	174,5	89,2	313,1	160,1
Militärische Beschaffungen	144,7	74,0	420,7	215,1
Militärische Anlagen	16,8	8,6	66,1	33,8
Summe	1.099,3	562,0	1.401,4	716,5

Quelle: *BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes 2002, Bonn 28.8.2001, S. 11.*

penteile auf dem Balkan hin und hergeschoben werden. Waren Anfang Juni 2001 gut 7.200 Bundeswehrsoldaten auf SFOR und KFOR verteilt, so verteilt sich Ende September eine ähnliche Soldatenzahl auf SFOR, KFOR und TFH/Mazedonien. Die Kosten steigen, die Soldatenzahl nicht, was zudem die Vermutung bestärkt, daß es für die Entwicklung des Kosovo egal ist, ob die Bundeswehr 400 Soldaten mehr oder weniger schickt.

Personalkosten

Mit 24,5 Mrd.DM (12,5 Mrd.Euro) sollen die Personalausgaben der Bundeswehr 2002 um 2,6% steigen, obwohl die Truppenstärke bereits 2002 unter dem Planstellensoll liegen soll, das laut Scharpings Reformkonzept erst 2006 erreicht werden wird. Dieser Milliardenwindel des Verteidigungsministers verdient, nochmal im Detail erläutert zu werden: Gemäß Scharpings Personalkonzept zur Bundeswehrreform soll die Truppe bis 2006 auf 283.000 Soldaten schrumpfen. (16) Anfang September 2001 verfügte die Bundeswehr noch über 301.509 Soldaten aktive Soldaten. (17) In den Erläuterungen zum Verteidigungshaushalt geht das BMVg aber für 2002 nur noch von einem Stellensoll von 283.313 Soldaten aus. (18) Im gleichen Papier behauptet das BMVg allerdings, die personelle Seite der Bundeswehrreform verlaufe ganz nach Plan: "Die der Veranschlagung zugrunde liegenden Personalstärken orientieren sich an den Vorgaben der Kabinettsentscheidung vom 14. Juni 2000 zu den Eckpfeilern der konzeptionellen und planerischen Neuausrichtung der Bundeswehr. ... Anfang 2002 wird der Umfang der Bundeswehr noch 335.000 Soldaten umfassen." (19) Mit anderen Worten: für 335.000 Soldaten werden Gelder eingeplant, obwohl die Bundeswehr 2002 über 35.000-50.000 Soldaten weniger verfügt. Damit spart der Verteidigungsminister zwischen einer und 3,2 Milliarden DM um diese für Waffenkäufe auszugeben. (20)

2002, Bonn 28.8.2001, S. 8.

(8) Beispielsweise setzte das BMVg große Ersparnis-Hoffungen auf ein von der GEBB privatisiertes Flottenmanagement von 100.000den Bundeswehrfahrzeugen - gab aber den bisher zuständigen Kfz-Zivilbediensteten einen 10-jährigen Bestandsschutz für ihren Job. Bei der - langfristigen - Veräußerung militärischer Liegenschaften bemüht sich nun die GEBB um Interessenten. Wird ein Interessent gefunden, sind allerdings wieder die schwerfälligen Prozeduren der Oberfinanzdirektionen zuständig. Mittlerweile wurden 2 von 14 GEBB-Pilotprojekten wieder ans BMVg zurückgegeben, - so wurde sowohl der Plan aus Kostengründen verworfen, das künftige Wehrforschungsschiff Kl. 751 privat zu betreiben, wie gleichfalls eine Privatisierung der Flugbereitschaft der Bundeswehr. Gleichzeitig läuft die "Public-Private-Partnership" des BMVg mit der Telecom finanziell aus dem Ruder.

(9) Zur GEBB siehe *ami* 1/00, S.

Bundeswehr-Truppenstärke, Plan und Wirklichkeit

	2002 Stellensoll (H a u s h a l t 2 0 0 2)	2002 Veranschlagung S/V-Differenz	2002 S/V-Differenz	Ist 9/2001 Truppenstärke (Vert.Ausschuß)	“Struktur- modell 2000” (Bw-Reform)
Berufssoldaten	(200.687	(190.500	(- 10.187	59.103	38.500
Zeitsoldaten				128.936	161.500
Grundwehrdienstleistende	(80.000	(107.000	(+ 27.600	92.200	53.000
Freiwillig Längerdienende WP				20.997	27.000
Wehrübende	2.626	1.900	- 726	ca. 1.500	3.000
Summe	283.313	300.000	+ 16.687	302.736	283.000

Quellen: *BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes 2002, Bonn 28.8.2001, S. 13; BMVg: Neuausrichtung der Bundeswehr, Grobausplanung Ergebnisse und Entscheidungen, Bonn 11.10.2000, II Personal.*

18ff, 1/01, S. 18ff., 7-8/01, S 15ff.

(10) Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2002, Einzelplan 14, BT-Drs. 14/6800, Kapitel 1403, Titelgruppe 8, S. 37, Bonn September 2001.

(11) *ami* 9/01, S. 3f.

(12) *Griephan-Brief/Wehrdienst* Nr. 36/01, 3.9.01, S

(13) *Griephan-Brief/Wehrdienst*

Nr. 37/01, 10.9.01, S. 1ff. In der Prioritätenliste des BMVg vom März 2001 rangierten di-Dingos (UD1) unter IABABA, Marder (Ü3) unter IABBAB, Wiesel (UD5d) unter IIABABB und die Ausstattung von Soldaten (Ü2a, Ü11a) unter IABAAB bzw. IIBBAAB [I wichtiger als II, A wichtiger als B], allerdings waren kaum entsprechende Haushaltsmittel eingeplant. *BMVg: Material- und Ausrustungskonzept für die Streitkräfte der Zukunft (MatKonz)*, Berlin 16.3.2001, S. 50ff.

(14) Glaubt man Kapitel 1403,

Die Realität der unattraktiven Bundeswehr hat das “Strukturmodell 2000” einer reformierten Personalstruktur bereits in diesem Jahr überholt: Ging Verteidigungsminister Scharping im Oktober 2000 noch von 310.000 Soldaten zum Ende 2001 aus, so sind es tatsächlich bereits 10.000 weniger. Quantitativ hat der Minister sein “Reformziel” unfreiwillig vorzeitig erfüllt, qualitativ hat die Truppe allerdings einen Überhang an betagten Berufssoldaten mit nicht unerheblichen Pensionsansprüchen.(21) Daneben “fehlen” Scharping etwa 30.000 flexible Zeitsoldaten, was er auf Kosten der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr mit Wehrpflichtigen “ausgleicht”. Daß Scharping an seine Reformziele selbst nicht mehr glaubt, beweist er mit dem Haushalt 2002: Zwar veranschlagt er gut 200.000 Dienststellen für Zeit- und Berufssoldaten, geht aber davon aus, daß er höchstens 190.500 findet. Insgesamt geht Scharping sogar von 16.687 unbesetzten Planstellen aus. Das rechnet sich erneut. Denn diese unbesetzten Posten ersparen Scharping gut 850 Mio.DM die dann für “investive Ausgaben” verwendet werden können. Auch hier knüpft Scharping an die bewährte Tradition seiner Amtsvorgänger an, überhöhte Personalsollstärken anzugeben (was CDU/CSU freut), tatsächlich aber das überschüssige Geld “flexibel” zu bewirtschaften. Am 4.Juni 2001 schloß Scharping darüber hinaus mit Finanzminister Eichel eine Ressortvereinbarung, die neben jährlichen GEBB-Zuflüssen von 1,2 Mrd.DM weitere Personalausgaben für Waffenkäufe sichert: “Durch Reduzierung der Anzahl der Mitarbeiter im zivilen Bereich frei werdende Mittel können im Personalbereich, zur Finanzierung von Lohn/Tarifsteigerun-

gen oder für den Material-/Betriebs-/Investitionshaushalt eingesetzt werden.“ (22) Da Scharping eine Reduzierung der ca. 125.000 Zivilbeschäftigten auf 80-90.000 plant, verfügt er hier über einen weiteren flexiblen Schattenhaushalt zwischen 2,4 und 3,1 Mrd.DM. Allerdings dürfte dieser “Blancoscheck” für Scharping eher Anreiz zum Personalabbau als tatsächlich verfügbares Geld sein. Denn eine erhebliche Zahl der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr ist verbeamtet und wird der Hardthöhe noch länger erhalten bleiben als ihr lieb ist. (23) Zu diesen unüberschaubaren Personalüberschußmitteln kommt eine Vielzahl von Haushaltstiteln, die gegenseitig verrechnet werden dürfen. Das heißt, das Ausmaß der “flexiblen Bewirtschaftung” des Verteidigungshaushaltes, die vom Bundestag nicht kontrolliert werden kann, liegt 2002 bei über 25%.

Verteidigungsinvestive Ausgaben

Die unter Militärfreunden und -gegnern traditionell spannendste Zahl des 200-seitigen Verteidigungshaushaltes, der Anteil der für Waffenkäufe zur Verfügung stehenden “Investiven Ausgaben”, soll 2002 um -963,6 Mio.DM auf 22,14% des EP 14 sinken. Angesichts der alten Planzahl von 30% “investiver Ausgaben” am Rüstungshorizont wäre dies die Bankrotterklärung des Verteidigungsministers vor Truppe und Rüstungsindustrie, gäbe es da nicht die “flexible Bewirtschaftung”. Im Jahre 2001 blieben die üblichen Haushaltsproteste der Rüstungsindustrie aus, was als Indiz dafür verstanden werden kann, daß die Industrie mit einer erheblichen Umschichtung ungenutzter Personalmittel zur Waffenbeschaffung rechnet. Bei einem Umwidmungspotential von ca. 2 Mrd.DM könnte der investive Ausgabenanteil 2002 tatsächlich 25% des EP 14 leicht überschreiten. (24) Einige Personalmilliarden müssen bei der Rüstungsbeschaffung landen, denn über 10% der ausgewiesenen investiven Ausgaben in Höhe von 10,23 Mrd. DM sind ungedeckte Wechsel, die im Vertrauen auf künftige “Effizienzrenditen” unterschrieben wurden. Nur mit Mühe konnten die offiziellen 22,14% überhaupt ausgewiesen werden, indem eine Reihe von unfertigen Rüstungsprojekten aus dem Forschungsetat in den direkten Beschaffungsetat umgesiedelt wurden. (25) Damit sind unkalkulierbare Investitionsruinen ebenso vorgezeichnet, wie der Wettlauf zwischen Haushaltslöchern und ihrer verkleisternden Umschichtung vor der Bundestagswahl. Würde Scharping ab sofort auf jede Neubeschaffung verzichten, so würden die offiziellen 10 investiven Mrd.DM noch nicht einmal dazu reichen, den im Sommer 2001 verab-

Titelgruppe 7, 532 71-032 (“Überführung und Bestattung verstorbener Soldaten”), so dürfte sich die Bundeswehr nur im Hintergrund halten, denn dieser traditionsreiche Haushaltsposten wurde gegenüber 2001 (2,2 Mio. DM) auf 1,956 Mio DM (“Soll 2002”) gekürzt. (15) Unter 1403 werden die Kosten für “Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten” veranschlagt, für Unterhalt und Beschaffung von Wehrgerät existieren im EP 14 eigene Etats (1414-1419). (16) *BMVg: Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn 31.5.2000, S. 25ff.; ders: Neuausrichtung der Bundeswehr, Grobausplanung Ergebnisse und Entscheidungen, Bonn 11.10.2000, II Personal.* (17) *BMVg: Entwicklung des Personalbestandes 1999, 2000, 2001, Stand: 7.9.2001, Berlin 28.9.01* (18) *BMVg: Erläuterungen und Vergleiche, a.a.O., S. 13.* (19) *BMVg: Erläuterungen und Vergleiche a.a.O., S. 4f.* (20) Je nach Mix aus Wehrpflichtigen, Zeit und Berufssoldaten. Die jährlichen Personalkosten eines Wehrpflichtigen liegen bei etwa 31.000,- DM, die von Zeit- und Berufssoldaten im Durchschnitt bei 65.000,- DM. Nach BMVg-eigenen Berechnungen sollte eine Truppenreduzierung von 310.200 auf 282.000 Soldaten

Verpflichtungsermächtigungen des BMVg bis 2015 in Milliarden

2002		2003		2004		2005		2005-15		Summe	
DM	Euro	DM	Euro	DM	Euro	DM	Euro	DM	Euro	DM	Euro
9,29	4,75	7,63	3,90	6,30	3,22	5,40	2,76	40,52	20,72	69,14	35,35

Quelle: *BMVg: Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2002, Einzelplan 14 (Verteidigung), BT-Drs. 14/6800, S. 133ff, 135. Verpflichtungsermächtigungen sind plafondierte Ausgabenbeschlüsse für Folgejahre, deren Finanzierung aus den Etats dieser Folgejahre bestritten werden muß und ab einem Projektvolumen von 50 Mio. DM jeweils einzeln vom Haushaltsausschuß entspert werden müssen. D.h. z.B., 1997 wurde die Beschaffung des Eurofighters 2000 für 23,5 Mrd. DM über einen Zeitraum von 10 Jahren beschlossen, die jährlichen Teilbeiträge (plus ständigen Kostensteigerungen) müssen aus den Etats dieser Folgejahre eingeplant werden.*

kurzfristig Einsparungen (2001-2004) von 695 Mio. DM, langfristig (2001-2010) von 2,76 Mrd. DM erbringen. Bei 28.200 Soldaten wäre dies eine kurzfristige Ersparnis von 24.645 DM/Person bzw. langfristig 97.872 DM/Person. *BMVg: Neuausrichtung der Bundeswehr, Grobausplanung Ergebnisse und Entscheidungen, Bonn 11.10.2000, Personalentwicklungskonzept.*

(21) Die Pensionsansprüche von 60.686 ehemaligen Soldaten sowie von 20.386 bundeswehrbedingten Witwen und Weisen steigen 2002 um 2% auf insgesamt 6,31 Mrd. DM (3,224 Mrd. Euro). Diese militärbedingten Ausgaben werden allerdings nicht aus dem Verteidigungshaushalt, sondern dem Einzelplan 33 des Bundeshaushaltes (Versorgung) beglichen. *BT-Drs. 14/6800, EP 33, S. 3f.*

(22) *BMVg/BMF: Ressortvereinbarung, Berlin 4.6.2001, Anlage zum Haushaltsentwurf (EP 14) 2002, Punkt 2.*

(23) Etwa im aufgeblähten Ministerium, beim Bundesamt für

redeten Kauf von 73 Transportflugzeugen A-400M zu bezahlen. Der Offenbarungseid der Hardthöhe ist überfällig, denn bis 2015 wurden bereits Waffenverträge über 69 Mrd. DM (Verpflichtungsermächtigungen) geschlossen, von denen das Verteidigungsministerium nur einen Bruchteil bezahlen kann. Diese Verbindlichkeiten nehmen der Hardthöhe in den kommenden Jahren den letzten Rest von politischer Beweglichkeit. Zugleich sind sie bundeswehrintern Anlaß zu Rivalitäten der Teilstreitkräfte. Denn über 60% dieser Gelder beanspruchen Milliardenprogramme der Luftwaffe (Eurofighter, NH-90, Tiger), obwohl bei künftigen Auslandseinsätzen zunehmend die Marine gefragt ist.

Stellvertretend soll der Stand von dreien dieser Beschaffungsprogramme skizziert werden:

Airbus A-400M

Nachdem für die 73 vom BMVg gewünschten Transportflugzeuge A-400M bereits im Haushalt 2001 kein Pfennig bereitgestellt wurde, (26) unterzeichnete Rudolf Scharping im Juni 2001 mit den Vertragspartnern aus Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien und der Türkei in Le Bourget ein Memorandum of Understanding/MoU. Darin wird die Arbeitsteilung am A-400M festgelegt, ohne daß damit die Beschaffung des Flugzeuges endgültig beschlossen wäre. Mittlerweile reduzierten kostenbedingt fast alle Vertragspartner ihren Airbus-Wunschzettel, womit sich die Kosten dieses westeuropäischen Prestigeprogrammes - das bisher nur als Computerskizze existiert - weiter erhöhen.

Erstmals soll die Organisme Conjoint de Cooperation en Matière d'Armement/OCCAR beweisen, (27) daß die europäischen NATO-Partner ein großes Rüstungsprogramm koordinieren können. Zugleich hängt vom Gelingen des A-400M ab, ob sich die europäische Luftfahrtindustrie im Bereich des militärischen

A-400M-Interessenten

Land	Auftragsstand heute	frühere Planung	Wehrtechnik und Beschaffung
Belgien	7	12	oder den beiden Bundeswehru-
Deutschland	73	75	niversitäten Hamburg und
Frankreich	50	50	München/Neubiberg. 2001
Großbritannien	25	45	schieden weniger als 100 Zivil-
Italien	16	44	beschäftigte aus dem Dienst
Luxemburg	1 (mit Belgien)	0	bei der Bundeswehr aus.
Portugal	3	0	(24) Die konservativ geschätz-
Spanien	27	36	te Zahl von 2 Mrd. DM addiert
Türkei	10	26	sich aus: knapp 17.000 unbe-
Gesamt	212	288	setzten Planstellen

Quelle: *Wehrtechnik II/2001, S. 100.*

Großraumflugzeugbaus etablieren kann, oder ob sie diesen Markt vollständig an die US-Konkurrenz von Boeing-McDonnell und Lockheed-Martin verliert. Doch danach sieht es auf der Hardthöhe nicht aus. Die im November 2000 unter Sperrvermerk vom Haushaltsausschuß gebilligten 10 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen reichen maximal zum Kauf von 45 A-400M, für vorgesehene 73 Flugzeuge wären ca. 17 Mrd. DM erforderlich. Für die Bundeswehr wäre das nicht dramatisch, hatte doch der Bundesrechnungshof am 19. April 2001 festgestellt: "Für die geplanten 73 A-400M, die gegenüber der Transall C-160 mit 25t eine höhere Nutzlast bei deutlich höherer Geschwindigkeit und Reichweite aufweisen, ergäbe sich mindestens eine Vervierfachung der Lufttransportleistung, für die keine nachvollziehbare Bedarfsrechnung vorliegt. ... Die Festlegung auf die Beschaffung und den Betrieb von 73 A-400M-Flugzeugen mit voraussichtlich mehr als rd. 40 Mrd. DM Lebenswegkosten erweist sich als nicht wirtschaftlich." (28) Eine Verringerung der deutschen Bestellung wäre also geboten, allerdings würde das die Kosten der Vertragspartner erhöhen, die ihrerseits ihren Wunschzettel kürzen würden. Doch weder für 18 noch für 45 oder 73 Transportflugzeuge ist im Haushalt 2002 ein Euro eingeplant. (29) Entsprechend scheiterte Ende September 2001 die Vertragsunterzeichnung zwischen OCCAR und der Airbus Military Company/AMC. Nachdem das BMVg sowohl mit seinem Plan eines europäischen Lufttransportpools als auch mit einer ressortübergreifenden Beschaffung der Milliardenflugzeuge gescheitert ist, bemüht es nun die altbewährte Taktik, mit vorvertraglichen Verbindlichkeiten/MoUs europäische Sachzwänge zu schaffen, von denen die Bundesregierung nur noch mit Prestigeverlust zurücktreten kann. Es ist daher zu befürchten, daß die Produktionsentwicklung einer Investi-

(283.313/300.000) = ca. 850.000, plus 35.000 nicht vorhandenen Planstellen (300.000/PSM 340.000) = gut 1 Mrd. DM (vorwiegend Wehrpflichtige), plus ca. 100 ausgeschiedene Zivilbeschäftigte = ca. 65 Mio. DM plus flexibilitisierte Haushalte.

(25) Siehe hierzu: *BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfes des Verteidigungshaushaltes 2002 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -*, Bonn 24.9.01.

(26) Siehe *ami 11/00, S. 28.*

(27) Siehe *ami 7-8/01, S. 23ff.*

(28) www.geopowers.com/Konzepte/vtd_zept/DCI/deploy/luft-depl/luft-depl.html. Unter Lebenswegkosten wird die Summe aller absehbaren Unterhalts-, Wartungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungskosten eines Systems für die gesamte veranschlagte Nutzungsdauer verstanden.

(29) Zu dem Leertitel 1419-554 06-032 ist vermerkt: "Die Beschaffungsentscheidung ist noch nicht gefallen. Der Titel wird vorsorglich und ohne Vorentscheidung über den Epl. 14

in den Jahren nach dem geltenden Finanzplan aufgenommen, um internationale Vereinbarungen und Verträge abschließen zu können sowie den von dem Bundesministerium der Verteidigung verfolgten 'Commercial approach' zu unterstützen." *BT-Drs. 14/6800 (EP 14), S. 113.*
(30) *BMVg: Haushalt 2002, Kapitelbetrachtung 1418 - Schiffe und Marinegerät - September 2001, S. 4.*

(31) Als Bilanz von Golfkriegeinsatz (Minenräumung), Somalia (fehlende Transporter und "Power Projection") und Adria (Seeembargo).

(32) Fähigkeitsprofil der K 130 siehe: *Frank Menge: Korvette Klasse 130 in: Europäische Sicherheit 11/98, S. 21ff.*

(33) Unter Losen versteht man Teilbestellungen, wenn Waffensysteme in größerer Stückzahl beschafft werden sollen. Die Gesamtplanung wird durch Verpflichtungsermächtigungen in mehreren Losen plafondiert, da allerdings jedes Los erneut entsperret werden muß, sind dabei Veränderungen (Stückzahl, Hersteller, Auslegungen) möglich.

(34) *BMVg: Plus-/Minusliste -, a.a.O., S. 2 und 21.*

tionsruine A-400M nach 2002 begonnen wird.

Korvette Kl. 130

Um das Jahr 2002 hätte das BMVg seine Schnellbootflottille von S 143/A und S 148 altersbedingt modernisieren oder verschrotten müssen. Doch "auf Grund der geänderten sicherheitspolitischen Lage benötigt die Deutsche Marine einen besonders für das Spektrum der Randmeerkriegsführung auch außerhalb heimischer Küsten befähigten Schiffstyp, der sich von Schnellbooten durch sein Seeverhalten, seine Ausdauer sowie Bewaffnung (neue Seezielflugkörper: RBS 15 Mk 3, Polyphem S) abgrenzt." (30) Bereits Mitte der 90er Jahre beschloß das BMVg daher (31), die Schnellboote durch 15 etwa viermal so große Korvetten zu ersetzen. Statt mit kleinen Schiffen in Nord- und Ostsee zu patrouillieren, sollen die hochseetauglichen Korvetten Kl. 130 weltweit mit Drohnen und Hubschrauber gegen U-Boote, Kriegsschiffe zur Aufklärung und zum Landangriff fähig sein. Nach einer taktisch-technischen Forderung des BMVg von 1998 (32) bekam das Konsortium "ARGE K 130" (Blohm+Voss, Lürssen, TNSW) 2001 den Zuschlag für das erste Los von fünf K 130. (33) Etwa 2,2 Mrd. DM sollen die fünf Schiffe kosten, mittlerweile wurde die Gesamtplanung auf 12 K 130 reduziert. Um den Konstruktionsbeginn der K 130 noch 2002 zu ermöglichen, erhöhte das BMVg seinen Beschaffungsetat für Schiffe 2002 von 919 Mio. DM auf 1,3 Mrd. DM. (34) Damit wird die Bundesmarine eine neue Schiffsklasse erhalten, die sich nicht nur zur weltweiten "Power Projection" eignet, sondern auch als Referenzmodell für den Export gefragt ist. Ob das BMVg allerdings zwei weitere K 130-Beschaffungslose finanzieren kann wird davon abhängen, ob sie den "Bedarf" in künftigen Einsätzen begründen kann.

Eurofighter 2000, NH-90, Tiger

Die Priorisierung der drei Großprojekte der Luftwaffe, der 180 Kampfflugzeuge Eurofighter 2000/EFA für offizielle 27,5 Mrd. DM, der 134 Transporthubschrauber NH-90 für 8,7 Mrd. DM und der 80 Kampfunterstützungshubschrauber Tiger für 8,6 Mrd. DM haben sich für 2002 leicht verschoben. Hintergrund ist, daß die Eurofighter-Entwicklung je nach Komponenten zwei bis fünf Jahre hinter den Planungen zurückliegt, während die Kosten erwartungsgemäß explodieren. In seinem fünften vernichtenden Sachstandsbericht summierte der Bundesrechnungshof die bisherigen Bewilligungen für Entwicklung und Beschaffung von EFA auf 44,1 Mrd. DM oder 225 Mio. DM pro Flugzeug - ohne Bewaffnung und bereits geplante um-

Leistungsvergleich von Fregatten, Korvette und Schnellbooten

Typ	Baujahr	Anzahl	Verdrängung	Länge	Geschwindigkeit	Reichweite	Besatzung	Bewaffnung
F 122	89-90	8	3.680t	130,0m	30kn	4.000sm/18kn	219	Harpoon, NSSM, RAM
F 123	94-96	4	4.700t	138,9m	29kn	4.000sm/18kn	199	NSSM, MM38, RAM
F 124	00-05	3	5.600t	143,0m	29kn	4.000sm/18kn	255	Harpoon, SM-2, ESSM, RAM
K 130	01-08	5 (+7)	1.500t	85,0m	26kn	2.500sm/15kn	65	Polyphem S, RBS 15 Mk 3, RAM
S 143 A	82-84	10	391t	57,6m	40kn	600sm/33kn	34	MM38, RAM
S 143	76-77	10	398t	57,6m	40kn	1.300sm/33kn	40	MM38, RAM
S 148	73-75	10	265t	47,0m	36kn	570sm/30kn	30	MM38

Quelle: Peter Grundmann: *Definition Korvette Klasse 130 in: Wehrtechnik 1/99, S. 43.*

fangreiche Modernisierungen.(35) Vor dem Hintergrund der zahllosen technischen EFA-Probleme und seines fragwürdigen Bedarfs stuft das BMVg den für 2002 vorgesehenen Beschaffungsanteil von 1,97 Mrd.DM auf 1,8 Mrd.DM herunter.(36)

Weiterhin von höchster Priorität ist für das BMVg dagegen der Bedarf am mittleren Transporthubschrauber NH-90, der sowohl für Kampf-, Leit- und Transportaufgaben vorgesehen ist - dem europäischen Pendant zum amerikanischen UH-60 Black Hawk. Statt 150 Mio.DM sollen 2002 nun 200 Mio. DM den 9-Tonner in die Luft bringen.(37) Zurückgestuft wurde der "kleine Bruder" des NH-90, der überproportional teurere Angriffs- und Unterstützungshubschrauber Tiger - die westeuropäische Light-Version des amerikanischen AH-64 Apache. Neben unbefriedigenden Leistungen (38) dürften dafür Unstimmigkeiten mit den französischen Vertragspartnern über Auslegungen, seine Stückzahlen und nicht zuletzt eine gewachsene Nachdenklichkeit über das reale Einsatzszenario dieser Kampfmaschine verantwortlich sein. Von geplanten 400 Mio.DM für 2002 kürzte das BMVg zehn Millionen DM und verschob weitere 293 Mio.DM als Verpflichtungsermächtigungen auf die Jahre 2003-07.(39)

Intern vermerkte das BMVg zum Tiger: "Der Titel [1419-554 03] ist auf Effizienzgewinne und Verwertungserlöse angewiesen."(40) Kurz, die bisherigen Bewilligungen für den Tiger sind nicht gedeckt und werden deshalb gestreckt, nur Verschiebungen aus anderen Haushaltskapiteln können den Hubschrauber noch voranbringen.

(35) Bundesrechnungshof: *fünfter Bericht an den Haushaltsausschuß nach § 88 Abs. 2 BHO über den Sachstand des Rückstellungsvorhabens Eurofighter 2000, Bonn 1.3.2001; vgl. illoyal Nr. 16, Sommer 2001, S. 11ff.*

(36) BMVg: Plus-/Minusliste -, a.a.O., S. 25.

(37) BMVg: Plus-/Minusliste -, a.a.O., S. 24.

(38) Siehe *ami 11/00, S. 26f.*

(39) BMVg: Plus-/Minusliste -, a.a.O., S. 23.

(40) BMVg: *Kapitelbetrachtung 2002, Kapitel 1419 - Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät - September 2001, S. 5.*

Fazit

Nie war ein Verteidigungshaushalt so intransparent und unbestimmt wie 2002. Weder die Planzahlen des Vorjahresetats noch die Prioritätenliste des Material- und Ausrüstungskonzeptes vom März 2001 (41) gelten zum Jahresende 2001 auch nur annähernd, von den Planziffern der "Bundeswehrreform 2000" ganz zu schweigen. Auf der Hardthöhe regiert Pragmatismus pur, um baldmöglichst mehr als 7.000 der 300.000 Bundeswehrsoldaten mit passablem Gerät einsetzen zu können. Doch weil die Bundeswehr nicht halten kann, was das Ministerium für Milliardenbeträge verspricht, verliert die Bundeswehr zunehmend an Legitimation. Statt eine "Erneuerung von Grund auf" (42) anzupacken und im großen Stil auf Personal und Teilfähigkeiten zu verzichten, verstrickt sich Rudolf Scharping in immer neue unhaltbare Zusagen und verringert damit den eigenen Handlungsspielraum. Es ist keine verantwortungsvolle Strategie, mit Oldtimern nach Ost-Timor oder bald Afghanistan zu fliegen, um für neues Gerät zu werben. Der deutschen Sicherheitspolitik fehlt Maß und Ziel, allein dabei zu sein und gegen die USA wettzurüsten offenbart die Unreife des deutschen Europa-Projekts. Es ist Zeit für eine inhaltliche Emanzipation und Bestimmung von Friedenspolitik - nicht für eine Aufrüstung der ‚ultima ratio‘ zum symbolischen Politikersatz. Auch wenn das nicht im Sinne der Regierenden ist, sollte ihnen zu denken geben, daß der immer teurere Stagnationskurs der Hardthöhe das sicherheitspolitische Gewicht Deutschlands zwangsläufig marginalisiert. ■sg

(41) *ami* 5/01, S. 14ff.

(42) so der Untertitel des Berichtes der Weizsäcker-Kommission vom 23.5.2000.